

Problematik und Mehrwert einer synthetischen Definition des Krieges

Wolfgang Knöbl

Wenn hier aus der Sicht eines Soziologen ein zweifellos philosophischer Text zum Krieg kommentiert werden wird, so ist daran zu erinnern, dass die Thematisierung von Kriegen in den Sozialwissenschaften einerseits und in der Philosophie andererseits bis in die jüngste Vergangenheit hinein nicht nur völlig unterschiedlichen Konjunkturen folgte, sondern auch stark variierende Aufmerksamkeiten generierte. Während in der Philosophie seit der griechisch-römischen Antike immer wieder Politik, Gewalt und Krieg in den Mittelpunkt einer systematischen Reflexion gerückt wurden (nicht zufällig diskutiert Taureck in seinem Aufsatz neben Kant und Hegel eben auch Thukydides oder Heraklit), positionierten sich die erst im 19. Jahrhundert entstandenen Sozialwissenschaften diesbezüglich auf eine sehr viel ambivalentere Art und Weise: Hatten etwa die deutschen Gründerfiguren der Disziplin (etwa Max Weber und Werner Sombart) ein systematisches Interesse zumindest an den Folgen von Kriegen, war dies bei ihren französischen, englischen oder US-amerikanischen Zeitgenossen nicht unbedingt auch der Fall; Analysen zu den Konsequenzen (oder gar Ursachen) kriegerischer Gewalt waren außerhalb des deutschen Kontextes eher selten zu finden, was auch damit zu tun hatte, dass man zu dieser Zeit deutlich weniger als in Deutschland an makrosoziologischen und -historischen Fragen interessiert zu sein schien. Nach der Gründungsphase der sozialwissenschaftlichen Disziplinen machte sich zudem die merkwürdige Tendenz (und zwar im internationalen Maßstab) bemerkbar, dass ausgerechnet in der Zeit der beiden Weltkriege das theoretische Interesse an Kriegen immer weiter zu schwinden begann, war man doch weithin fortschrittsoptimistisch gestimmt, so dass bis hinein in die 1970er Jahre Kriege allenfalls als eine Art exotisches Phänomen oder Ausnahmegeschehen in einem im Prinzip friedlichen Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess interpretiert werden konnten. Selbstverständlich gab es spätestens seit Beginn des Zweiten Weltkrieges eine auf die empirische Untersuchung von Kriegen spezialisierte Subdisziplin (die Militärsoziologie und

dann die Konflikt- und Friedensforschung), und natürlich gab es immer wieder auch einzelne Soziologen, die sich – oft aus genuin biographischen Gründen – intensiv mit Kriegen beschäftigten, der bekannteste unter ihnen vermutlich der Franzose Raymond Aron. Unter systematisch-theoretischen Gesichtspunkten waren Kriegen zur Generierung zentraler gesellschaftstheoretischer Einsichten für die meisten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler aber lange Zeit eher uninteressant¹, so dass man nicht den Sozialwissenschaften, sondern eher der Philosophie und anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen zutrauen durfte, den öffentlichen bzw. intellektuellen Diskurs über kriegerische Gewalt zu bereichern. Das begann sich erst in den 1980er Jahren zu ändern, als zum einen in einer erstarkenden anglo-amerikanischen Historischen Soziologie zunehmend die kriegerischen und geostrategischen Hintergründe moderner Revolutionen und die imperialen Wurzeln europäischer Nationalstaatlichkeit erforscht wurden und als zum andern nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Niedergang des sowjetischen Imperiums die eine merkwürdige Stabilität garantierende Blockkonfrontation verschwand. Nun brachen außerhalb des sogenannten Westens, aber eben dann auch in Südosteuropa zunehmend neue Konflikte aus, die man oft als „Bürgerkriege“, als „neue Kriege“ oder als „asymmetrische Kriege“ bezeichnete. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war klar, dass man in den Sozialwissenschaften der kriegerischen Gewalt mehr Aufmerksamkeit widmen musste, wollte man überhaupt noch für eine ernsthaft Zeitdiagnostik zuständig sein, wobei es nicht mehr nur um die Folgen von Kriegen (wie bei den deutschen Gründervätern der Soziologie) gehen konnte, sondern um Kriegsursachen ebenso wie um spezifische Konflikt- und Gewaltdynamiken, um je unterschiedliche Formen des Krieges ebenso wie um mögliche Maßnahmen und Mittel der Gewalteinhegung. Mit anderen Worten, die Sozialwissenschaften wurden erst seit den 1980er Jahren zu einem akzeptierten und akzeptablen Gesprächspartner der Philosophie, so dass von da an auch erstmals ernsthafte und gleichzeitig soziologisch inspirierte Rückfragen an die Philosophie gestellt werden konnten. Welche soziologischen Fragen lassen sich nun an Taurecks Ausführungen stellen?

Taurecks Text (s.o.) beginnt zwar mit einer analytischen Begriffsdefinition („Krieg, der Einsatz kollektiver Gewalt gegen kollektive Gewalt“ und „Krieg bedeutet Erlaubnis zu maximaler Entfesselung des gewöhnlicher-

1 Hans Joas, Wolfgang Knöbl, *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*, Frankfurt/M. 2008.

weise Unerlaubten“; S. 25), doch dient ihm dieser Einsatz lediglich dazu, sich davon schnell wieder zu verabschieden. Grund hierfür ist, dass derartige analytische Definitionen angesichts der Vielfalt und der langen Geschichte von gewaltsamen Auseinandersetzungen (Clausewitz hat bekanntlich ja vom ‚Chamäleon Krieg‘ gesprochen) alle einigermaßen abstrakt oder leer klingen, was freilich in den Sozialwissenschaften meist hingenommen wurde und wird: Raymond Arons monumentales Buch *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt* aus den frühen 1960er Jahren greift deshalb auf Clausewitz‘ Definitionsversuch zurück („Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“²); und Ähnliches kann man noch in jüngeren sozialwissenschaftlichen Überblickswerken beobachten, die (entweder) auch eine an Clausewitz orientierte Definition verwenden und/oder angesichts der zunehmenden Unklarheit des Kriegsbegriffs nur mehr von gewaltsamen Kämpfen³ oder von organisierter Brutalität⁴ reden, zumal konventionelle Staatenkriege, die mit einer Kriegserklärung beginnen und mit einem Friedensschluss enden, seit 1945 ohnehin immer seltener wurden und werden.⁵

Von analytischen Definitionsversuchen (und den genannten Ausweichstrategien) hält deshalb Taureck – und dies durchaus nachvollziehbar – denkbar wenig, weshalb er sogleich zu einer synthetischen Begriffsdefinition voranschreitet und seine Bestimmung des Krieges mit vielleicht als empirisch zu bezeichnenden, jedenfalls in der philosophischen Literatur vorfindbaren Merkmalen anreichert bzw. sättigt. Synthetische Definitionen, und dies gilt es festzuhalten, werden konstruiert und somit gewissermaßen „gebaut“, sie dienen nicht der Begriffsexplikation: Taureck produziert also eine Definition, deren Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit sich erweisen muss, wobei zunächst unklar bleibt: „Erweisen an was?“ Soll die Begriffssynthese „Krieg“ der Anleitung empirischer Arbeit dienen oder – was bei einem Philosophen eher zu vermuten ist – der normativen

2 Mit diesem Clausewitz-Zitat leitet Aron sein erstes (Theorie-)Kapitel ein, vgl. Raymond Aron, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt/M. 1986 [1962], S. 33.

3 Andreas Herberg-Rothe, *Der Krieg. Geschichte und Gegenwart*, Frankfurt/M., New York 2003.

4 Siniša Malešević, *The Rise of Organised Brutality. A Historical Sociology of Violence*, Cambridge 2017.

5 Mary Kaldor, *Neue und alte Kriege*, Frankfurt/M. 2000; Martin van Creveld, *Die Zukunft des Krieges*, München 1991, S. 40ff.

Beurteilung verschiedener empirischer Phänomene? Dazu ganz zum Schluss!

Zentraler Bestandteil von Taurecks (synthetischer) Definition ist die Setzung, dass Krieg „eine ruhmreiche kollektive Erbeutungsaktion [bezeichnet]“ (S. 26). Hier ist zunächst aus einer handlungstheoretischen Perspektive auffallend, dass zwei Motive zusammengezogen werden: Denn zum einen wird unterstellt, dass Kriege in der Regel (immer?) utilitaristischen Motiven folgen (es geht um ökonomischen Profit, eben um „Beute“); zum anderen spielen aber auch nicht-utilitaristische Motive (in der Regel?, immer?) eine Rolle, nämlich Vorstellungen von historischer Größe, die durch gewonnene Kriege für die Nation zu erreichen wäre, von zu erwartender Verehrung der Kriegshelden durch die kriegführende Gemeinschaft etc. Hier stellt sich die Frage, warum im ersten Definitionsbestandteil nicht auch andere Motivlagen, wie immer man die einschätzen und beurteilen mag, zum Tragen kommen, normative etwa, wenn es um den „gerechten“ Krieg zur Befreiung eines Volkes, zur Verhinderung eines Völkermordes, zur Befriedung einer Region etc. geht. In anderen Literaturen wurde auch von „spielerischen“ und „agonalen“/„expressiven“ Momenten des Kampfes und des Krieges gesprochen, so dass an Taureck die Rückfrage zu stellen wäre, warum derartige Motivlagen in diesem ersten Element der synthetischen Definition ausgeblendet bleiben.

Eine Antwort darauf findet sich in der vielleicht als ideologiekritisch zu bezeichnenden zweiten Bestimmung von Taurecks Kriegsdefinition, spricht dieser doch davon, dass Kriegen immer auch das „Prädikat der Notwendigkeit“ (S. 26) angehängt bzw. „hinzugefügt“ wird. Taureck macht hier auf den Umstand aufmerksam, dass die Entscheidung zum Krieg zumindest deklamatorisch nie leichtfällt, dass der Krieg immer ein unvermeidlicher, eben notwendiger ist. Niemand führt zum Spaß Krieg, sondern nur um sich selbst zu verteidigen, um Ungeheuerliches zu beenden, um zu zivilisieren, um notwendigen Lebensraum für ein Volk zu gewinnen etc. etc. Krieg, so verstehe ich Taureck, bedarf der Legitimation, wobei diese freilich höchst unterschiedlich ausfallen mag; er kann bzw. muss mit sehr verschiedenen Gründen gerechtfertigt werden. Vielleicht, so die schon angedeutete Vermutung, will Taureck die oben angemahnten höchst unterschiedlichen Motive für das Führen von Kriegen auch und gerade über die ebenso diversen legitimatorischen Formeln zur Rechtfertigung von Kriegen gewissermaßen nachträglich berücksichtigen.

Schließlich zum dritten definitorischen Merkmal in Taurecks synthetischer Kriegsdefinition, zu jener „Illusion letztllicher infolge Krieg zu errei-

chender Vorteile“ (S. 26). Diese Bestimmung weicht von den anderen beiden insofern ab, als Taureck hier zu verstehen gibt, dass sie von den Akteuren des Krieges häufig nicht durchschaut, jedenfalls nicht reflektiert wird (ibid.). Denn die mithilfe von Krieg zu erreichenden Ziele hätten sich noch stets als illusorisch erwiesen, selbst wenn man sich (als Kriegsbefürworter) im Gedenken der erfolgreich geführten Kriege immer auch dagegen wehrt und wehren muss, genau diese Illusion zu durchschauen und zuzugeben. Der Einsatz im Krieg, die durch den Krieg zu erbringenden und zu akzeptierenden materiellen und menschlichen Opfer seien so groß, dass man gar nicht anders könne als an die Rationalität der Entscheidung zum Krieg und die Vorteilhaftigkeit des erstrebten Kriegsziels zu glauben. Würde man dies nicht tun, so würden sich Abgründe eröffnen, deren Folgen gar nicht auszumalen wären. Aber genau diese Abgründe gilt es zu offenbaren, darauf – so Taureck – ist hinzuweisen: „Dass Kriege zugleich auf Illusion beruhten, wurde [...] in der Regel vom Verständnis des Krieges abgezogen.“ (S. 26) – Nun wird man aus einer normativ pazifistischen Sicht gern glauben wollen, dass der Vorteil von Kriegen immer illusionär sei – und vermutlich gibt es viele historische Beispiele, bei denen es allzu leicht ist, die Vorteilsunterstellung sofort auch zu dementieren: Wo sind all die Vorteile geblieben, die sich 1914 die Entscheidungsbefugten ausmalten, als sie für den Kriegseintritt votierten, aus dem dann das Gemetzel des sogenannten Ersten Weltkriegs mit seinen darauf folgenden politischen, sozialen und ökonomischen Verwerfungen resultieren sollten? Und in der Tat ist es ja eine relativ verbreitete Einsicht, dass sich in allen komplexen sozialen Situationen – und dazu dürften Kriege zählen – die Intentionen der Akteure nur allzu selten bruchlos verwirklichen lassen. Freilich, so einfach ist die Sache dann doch aber auch wieder nicht, wie sie sich auf den ersten Blick vielleicht darstellt. Denn wenn man von der Illusion des Vorteils spricht, auf wessen Vorteil bezieht man sich dann? Auf den Vorteil der kriegführenden Gesellschaft(en), auf den Vorteil von einzelnen Akteuren darin, von einzelnen Gruppen und Organisationen? Klar dürfte sein, dass das (nachträgliche) Urteil über die Vorteilhaftigkeit eines Krieges aus sehr unterschiedlicher Warte erfolgen kann, und je nach Warte wird man die Vor- und Nachteile unterschiedlich gewichten. Kriegsgewinner gab es wenige, aber es gab sie. Und es gab auch bei einzelnen Akteuren Kriegsgründe, die sich im Nachhinein (für sie) als nutzbringend herausstellten, nicht immer, aber eben manchmal. Wie komplex Aussagen über die Vorteilhaftigkeit von Gewalt und Eroberungskrieg sind, lässt sich ganz kurz mit Verweis auf die Debatten um den Imperialismus verdeutli-

chen. Es ist in der Tat so gewesen, dass die europäischen Kolonialmächte nur selten wirklichen Gewinn aus ihren Kolonialkriegen und den daraus hervorgehenden Gebietseroberungen zogen. Die Verwaltungskosten, die Länder wie Frankreich oder Großbritannien in ihren und für ihre Kolonien aufzubringen hatten (von den Kriegskosten über die Aufrechterhaltung militärischer Präsenz vor Ort bis hin zur alltäglichen Verwaltungsarbeit) waren enorm und konnten in den seltensten Fällen durch die Ausbeutung von Rohstoffen oder indigener Arbeitskräfte gedeckt werden. Zurecht ist dann auch gegen marxistische Interpretationen eingewandt worden, dass die ökonomische Rationalität des Imperialismus kaum bewiesen werden könne und imperiale Abenteuer in den meisten Fällen tatsächlich ein Verlustgeschäft waren.⁶ Freilich lässt sich dies nur unter einer strikt wirtschaftlichen Perspektive und nur unter Beibehaltung eines sehr engen und sehr kurzfristigen Beobachtungskontextes eindeutig behaupten, wenn man also ignoriert, dass beispielsweise ein klarer Konnex zwischen der Imperial- und der Nationalstaatengeschichte existiert, also alle aufstrebenden und damit die europäische Politik dominierenden Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts auch eine imperiale Vergangenheit hatten⁷, was dann nochmals die Frage aufwirft, wie und unter Berücksichtigung welchen Zeithorizontes eigentlich Kosten zu verrechnen sind. Und vernachlässigt werden kann schließlich auch nicht, dass trotz einer möglicherweise stets negativen ökonomischen Bilanz des Imperialismus und damit auch von imperialen Kriegen genau diese „Abenteuer“ erhebliche Aufstiegschancen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen mit sich brachten, die durchaus erklären können, warum Argumente, die auf einer gesamtgesellschaftlichen Kosten-Nutzung basieren, nicht notwendig auch in allen sozialen Kreisen besonderes Gehör fanden.⁸

Mit dem Verweis darauf, dass es einigermaßen schwierig sein dürfte, die Vorteile von gewaltsamer Eroberung und Krieg stets nur als Illusion zu bezeichnen, ist damit natürlich nicht schon Taurecks Argument bezüglich der ebenso trügerischen wie notwendigen aposteriorischen Legitimation von Kriegen unterminiert. Er soll lediglich in Erinnerung rufen, dass eine

6 Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin 2005, S. 36; Timothy H. Parsons, *The Rule of Empires. Those Who Built Them, Those Who Endured Them, and Why They Always Fall*, Oxford 2010, S. 343.

7 David Armitage, *The Ideological Origins of the British Empire*, Oxford 2000, S. 15.

8 Peter Wende, *Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreichs*, München 2008, S. 331.

normative Problematisierung von Kriegen nicht notwendig unter Rückgriff und Hinweis auf diese Illusion der (ökonomischen) Vorteile erfolgen kann oder muss, sondern dass es vielleicht bessere und einleuchtendere Gründe gibt, um den Krieg delegitimieren und kritisieren zu können.

Wie auch immer, Taureck verdeutlicht und plausibilisiert in gekonnter und durchaus oft auch überraschender Weise die drei Elemente seiner synthetischen Kriegsdefinition durch die Analyse der Werke klassischer Autoren: Eine Untersuchung des Melier-Dialogs bei Thukydides liefert ihm die Grammatik des *Raubkrieges*, insofern sich an ihm zeigt, dass der Krieg – im Unterschied zur Position von Clausewitz – eben keine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, sondern ein klarer Bruch mit den Gestaltungsmöglichkeiten, welche die Politik liefert und bereithält.⁹ Einem dem Krieg innewohnenden Logos der Stärke steht also ein Logos der Gerechtigkeit, wie er die Politik charakterisiert, gegenüber (S. 28); an den Arbeiten von Kant und Hegel lässt sich zeigen, dass alle dort zu findenden Argumente bezüglich einer durch Kriege herbeigeführten und letztlich *notwendigen* List der Vernunft auf Sand gebaut sind, weil Kant nicht sehen will oder kann, dass sich in Kriegen eine Dynamik der Gewalt entfesseln kann, die jeglichen linearen Geschichtsverlauf *ad absurdum* führt (S. 29–32), und weil Hegels Hoffen auf die identitätsbefördernde oder revitalisierende Rolle von kriegerischem Handeln nicht mehr darstellt als eine psychologisierende Redeweise, deren Anwendung auf Kollektivsubjekte oder kollektive Akteure doch einigermaßen fragwürdig erscheint (S. 32–36); schließlich kann Taureck anhand einer Auseinandersetzung mit Deutungen von Heraklit-Fragmenten (S. 36) und durch Ausführungen zu Platon (S. 44) zeigen, dass letztlich militaristische Vorstellungen über die notwendigen und damit dann auch *vorteilhaften Wirkungen* von Kriegen äußerst fragwürdig sind, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Nebenfolgen von Kriegen nicht überschauen lassen, Nebenfolgen, die nicht selten genau das zunichtemachen, was man sich erhoffte, als man die Entscheidung zum Krieg gefällt hatte. Wie Taureck überzeugend ausführt, sind derartige Illusionen und Fehlschlüsse (nicht zuletzt in der Philosophie, aber nicht nur dort) auch deshalb so naheliegend gewesen, weil bestimmte Lesarten von Heraklits Fragmenten auf problematische Weise dazu tendieren, dem Sein bzw. dem (gesellschaftlichen) Leben an sich eine kriegerische bzw. prinzipiell konfliktuelle Logik unterzuschieben mit der Folgewirkung einer in vielen späteren intellektuellen Entwürfen sich ab-

9 S. auch v. Creveld, *Die Zukunft des Krieges*, S. 13.

zeichnenden Glorifizierung des Krieges (S. 49) und jener schon einmal kritisierten (Clausewitzschen) Unterstellung eines bruchlosen Übergangs zwischen Politik und Krieg.

Gegen Ende des Aufsatzes (S. 49–53) sieht Taureck seine These von den drei Wurzeln des Krieges gewissermaßen literarisch verifiziert, werden sie doch in Jean Giraudoux' 1935 entstandenem Theaterstück „Der trojanische Krieg findet nicht statt“ benannt, wobei es dem Dramatiker – so Taureck – gelingt, die Einsicht zu vermitteln, dass das Durchschauen und das Zurückweisen jener drei Wurzeln des Kriegs genau dazu führt, dass eine zum Krieg hin führende Dynamik unterbunden und gestoppt wird – oder zumindest hätte gestoppt werden können, wenn nicht kontingente Umstände „intervenierte“ hätten. Aber lässt sich diese Dynamik auch in der historischen Realität (und nicht nur im Drama) stoppen, kann man sich überhaupt realistische Bedingungen ausdenken, in denen die drei Wurzeln des Krieges in ihrer fatalen Interaktion nicht jene grausame kriegserische Wirkung entfalten?

Taureck will darauf in einem sehr kurzen Schlussabschnitt und hier eher in Form dreier Fragen mögliche Antworten geben. Seine *erste* Frage lautet: „Vermag jene Erwartungsspannung, mit der Milliarden Menschen bloße Lust am Zuschauen von friedfertigen Fußballvorgängen investieren, nicht ebenfalls friedensgenerierend zu wirken?“ (S. 53) – Seine Frage erinnert vage an einen der letzten Aufsätze von William James mit dem Titel *The Moral Equivalent of War*¹⁰. Der pazifistisch eingestellte James erkannte durchaus die nicht-utilitaristischen Motive, die zu Kriegen führen, also die emotionale Aufladung des Bildes der Nation und die Erregung und Begeisterung, die der Kampf und vielleicht sogar der Krieg auszulösen vermag, nicht zuletzt auch deshalb, weil man in diesen die als öde empfundenen Routinen des Alltags hinter sich lassen kann oder zumindest glaubt, dies zu können. James suchte deshalb in jenem vor etwa 110 Jahren erschienenen Text nach Ersatzformen für die *kriegerische* Begeisterung und fragte unter anderem, ob nicht ebenso lebendige Emotionen durch eine friedlich-demokratische Mobilisierung der Nation erreicht werden könnten, ob es nicht gelingen könne Helden zu schaffen, die genau deshalb zu solchen werden, weil sie sich dem friedlich Dienst an der Gemeinschaft bzw. Gesellschaft verschreiben. Das Problem an James' Lösungsversuch freilich war damals schon, dass damit nur die *emotionalen*

10 William James, „The Moral Equivalent of War“, in: *William James: The Essential Writings*, New York 1971 [1910], S. 349–361.

Motive von kriegsbereiten und -begeisterten Bürgersoldaten aufgefangen worden wären, jedoch nicht andere, wie sie eben ja auch von Taureck benannt worden sind. Entscheidend ist aber vielleicht folgender Punkt: Taurecks Verweis auf „Fußballvorgänge“ unterschätzt nicht nur die nationalistischen Emotionen, die durch Sportereignisse geschürt werden, was nicht zuletzt auch etwa in Mittelamerika zu Fußballkriegen geführt hat; sie erkennt auch die Tatsache, welche Rolle Medien zumindest in bestimmten Typen heutiger Kriege spielen, nämlich in solchen, die Martin Shaw zufolge von sogenannten „post-militärischen Gesellschaften“ begonnen werden: Immer dann, wenn die kriegsartige Attacke – wie etwa im sog. zweiten Golfkrieg – ohne große Verluste für die überlegene Seite geführt werden kann, etwa aus der Ferne mit Bomben und Raketen, hat die begleitende Berichterstattung durch die Medien nicht selten zur Folge, dass sich bei den Mediennutzern eine Art gemüthlicher Zuschauerhaltung einstellt, insofern der irgendwo in der Welt stattfindende Krieg „live“ nicht anders verfolgt wird als ein spannendes Fußballspiel. Shaw hat deshalb ganz treffend von „spectator sport concepts of militarism“¹¹ gesprochen; Krieg als Zuschauersport also, was nochmals darauf verweist, dass sich mit dem Wandel des Krieges (und der Medien) für diesen immer wieder neue Möglichkeiten einer emotionalen Aufladung ergeben, der dann eben schwer mit Maßnahmen entgegenzutreten ist, wie dies Taureck (und William James) vorschwebt bzw. vorschwebte.

Taurecks zweite Frage lautet, ob es nicht wünschbar sei, „dass beim ersten Nahen von Kriegswolken nicht nur national, sondern *international* mit *Generalstreik* gedroht wird, der insbesondere auch die Ausführung von Kriegsvorbereitung zu lähmen fähig wäre“ (S. 53). – Mit ihr verweist Taureck auf eine Problemkonstellation, wie sie auch schon vor dem Ersten Weltkrieg vorhanden war, als Sozialistinnen und Sozialisten die Frage stellten, wie sich ein großer Krieg verhindern lasse, in dem ja vor allem die Arbeiter und Arbeiterinnen an und hinter der Front verheizt werden würden. Und natürlich wurde in diesem Zusammenhang dann auch diskutiert, ob sich die französische oder deutsche Arbeiterschaft nicht durch Streik und Generalstreik gegen den Krieg stemmen sollte. Oft wurde dies bejaht. Als es jedoch zum Schwur kam, stellte sich die Situation plötzlich dann ganz anders dar. Wie sich 1914 sehr schnell zeigte, führten die Kriegswolken eben nicht zur einer internationalistischen Aktion der Ar-

11 Martin Shaw, *Post-Military Society. Militarism, Demilitarization and War at the End of the Twentieth Century*, Philadelphia 1991, S. 198.

beiterparteien und Gewerkschaften; vielmehr schloss man im jeweils nationalen Rahmen noch stets eine Art Burgfrieden mit den bürgerlichen Parteien und politischen und militärischen Eliten, so dass man keine Klassen mehr kannte, sondern nur noch Vaterländer. Was damals also schon nicht gelang, nämlich eine internationale oder auch nur nationale Mobilisierung gegen den Krieg, das dürfte heute noch sehr viel weniger aussichtsreich sein angesichts der Tatsache, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den meisten Ländern außerordentlich schwach ist und auch die potenziell pazifistischen Parteien (etwa die Sozialdemokratie und klassische linke Parteien) offensichtlich bereits ihre beste Zeit hinter sich haben. Wer also soll hier zu Streiks mobilisieren, wer sie heute und in Zukunft organisieren? Letztlich darf man vermuten, dass die spezifischen Interessen von Gruppen, Klassenfragmenten und Klassen selbst auf nationaler Ebene so unterschiedlich sind, dass kaum gemeinsame Zielsetzungen formuliert werden könnten. Noch viel schwieriger dürfte es sein, so etwas auf internationaler oder globaler Ebene zu erreichen.

Dieses Argument ist dann auch nahe demjenigen, das mit Blick auf Taurecks dritte Frage in Anschlag zu bringen ist. Seine Frage lautet ja: „Könnte eine internationale Zivilgesellschaft sich dazu entschließen, ihr fortgeschrittenes Votum für einen Wartezustand eines *bedingten Pazifismus* (*contingent pacifism*) in kriegsdesillusionierte internationale Solidarität zu erweitern?“ (S. 53) Sie ist berechtigt, leidet jedoch darunter, dass darin der zentrale Begriff – nämlich derjenige der Zivilgesellschaft – mit enormen Unklarheiten und Problemen behaftet ist.

In der Tat ist ja der Verweis auf die Zivilgesellschaft deshalb so nahelegend, weil dieser alte Begriff¹², der dann in den 1980er Jahren in Bürgerrechtskreisen des sogenannten Ostblocks als eine Art Hintergrundfolie zur Kritik der Situation in den von kommunistischen Parteien unterjochten Ländern dienen sollte und der in den 1990er Jahren in intellektuellen Zirkeln sog. westlicher Nationen zu einem hochgradig normativen Konzept mutierte, mit dem sich all diejenigen sozialen Phänomene bezeichnen (und loben) ließen, welche nicht den Regeln politischer Macht und marktlicher Transaktionen folgten¹³, geradezu ein Gegenkonzept zu demjenigen

12 Manfred Riedel, „Gesellschaft, bürgerliche“, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 719–800.

13 Vgl. etwa Jean L. Cohen, Andrew Arato, *Civil Society and Political Theory*, Cambridge/Mass., London 1994; Frank Adloff, *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt/M., New York 2005.

der (illegitimen) Macht und Gewalt darstellt. Es ist die Zivilgesellschaft, welche die direkte und indirekte Gewalt des Staates (und ungleicher Tauschverhältnisse) eindämmen oder beseitigen helfen soll. Und warum dann nicht auf die pazifizierende Wirkung einer internationalen Zivilgesellschaft hoffen, wie dies Taureck offensichtlich tut?

Man möchte dies im Prinzip sofort bejahen, insbesondere unter normativen Gesichtspunkten, sollte sich diesbezüglich aber auch eine gewisse Skepsis bewahren, denn so unproblematisch und einfach ist das Verhältnis zwischen Gewalt einerseits und Zivilgesellschaft andererseits nämlich in der Tat nicht. Ich will hier ein Argument wiederholen, das ich schon andernorts verwendet habe und benutze deshalb auch ähnliche oder identische Formulierungen¹⁴: Ohne Staat bzw. den Nationalstaat und das dementsprechende Gewaltmonopol ist Zivilgesellschaft nämlich sehr schwer zu denken, weil ohne ein solches Monopol eine Stabilisierung innergesellschaftlicher Verhältnisse und damit ein friedliches Miteinander der Bürger und ihre (zivilgesellschaftlichen) Selbstorganisation schwer denkbar sind.¹⁵ Die schon seit der friedenspolitischen Diskussion der Aufklärungszeit immer wieder betonte Nebenfolge dieser innerstaatlichen Befriedung – nämlich die Tatsache, dass es offensichtlich innenpolitisch befriedeten Gemeinwesen umso leichter fällt, die Gewalt in Form von Kriegen „nach außen“ zu tragen – wird demgegenüber hingenommen, weil die Regulierung eines anarchischen Staatensystems zumindest prinzipiell möglich zu sein scheint: Immerhin hat das westfälische Staatensystem ja über lange Phasen der Geschichte trotz aller Kriege und imperialen Versuchungen leidlich funktioniert. Es scheint die politische Phantasie aber vielfach zu überfordern – und dies gilt gerade in Zeiten von Terrorismus und von so genannten „failed states“ – sich Ordnungen vorzustellen, in denen *nicht*-staatliche Akteure auf Dauer friedlich interagieren, ohne dass die Ausübung von Gewalt von einer zentralen Stelle aus – vom Staat nämlich – monopolisiert oder zumindest kontrolliert wird. Das tangiert natürlich auch die Rede von einer „internationalen Zivilgesellschaft“: Denn zwar ist es richtig, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure überall auf der Welt vorfindlich sind, aber aufgrund differenter Ausprägungen von

14 Wolfgang Knöbl, „Zivilgesellschaft und staatliches Gewaltmonopol. Zur Verschränkung von Gewalt und Zivilität“, in: *Mittelweg* 36, Band 15 (2006), Heft 1, S. 61–84.

15 Sven Reichardt, „Zivilgesellschaft und Gewalt. Einige konzeptionelle Überlegungen aus historischer Sicht“, in: Jürgen Kocka et al., *Neues über Zivilgesellschaft. Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*. Discussion Paper P01–801. Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 2001, S. 45–80, hier v.a. S. 47ff.

Staatlichkeit mit einem höchst unterschiedlichen Organisationsgrad und ebenso verschiedenen Interessen. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, dass derartige zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteure insbesondere in sogenannten westlichen Ländern besonders häufig und mit besonders großer Wirkungsmacht auszustatten anzutreffen sind im Unterschied zu anderen Regionen der Welt, was letztlich zur Frage führt, welche Interessen sich durchsetzen würden, wenn – und dieses „wenn“ ist zu betonen – es denn tatsächlich jemals zu Aktionen dieser internationalen Zivilgesellschaft kommen sollte.

Das staatliche Gewaltmonopol (und damit ein irgendwie schon befriedeter Zustand) scheint also gewissermaßen eine unhintergehbare Voraussetzung einer jeden Theorie der Zivilgesellschaft zu sein, was eben zur skeptischen Frage führt, wie eine internationale Zivilgesellschaft überhaupt gedacht werden kann angesichts der Existenz einer weithin anarchischen globalen / internationalen politischen Ordnung, deren Stabilisierung trotz aller Rede von Globalisierung nicht wirklich absehbar erscheint. Insofern ist die von Taureck anvisierte Entgegensetzung von Gewalt bzw. Krieg einerseits und Zivilität bzw. Zivilgesellschaft andererseits nicht auch schon der Schlüssel für die Lösung des Gewalt- oder Kriegsproblems, ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Herstellung einer echten *globalen* politischen Ordnung (und damit der Möglichkeit einer funktionierenden ebenso globalen oder internationalen Zivilgesellschaft) vermutlich nicht weniger Opfer kosten würden, als dies bei der Schaffung von friedlichen inneren Verhältnisse und des staatlichen Gewaltmonopols auf *nationaler* Ebene seit Beginn der europäischen Neuzeit der Fall gewesen ist. Allzu friedlich und gewaltarm war die europäische Geschichte der (entstehenden) Nationalstaaten ja bekanntlich nicht!¹⁶

Die hier vorgelegte kritischen Anmerkungen sollen und können freilich nicht verdecken, dass Taurecks Analysen ins Herz der sozialwissenschaftlichen Debatte um Kriege führen, dass seine für Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler eher ungewöhnliche synthetische Begriffsstrategie in erster Linie dazu dienen soll, normative Argumente gegen den Krieg in Stellung bringen – Argumente, die, weil überwiegend plausibel, durchaus treffen. Selbst wenn die von Taureck anvisierten Lösungen angesichts empirischer Hindernisse nicht sofort einleuchten mögen, so erinnern sie doch die Sozialwissenschaften daran, dass auch von ihrer Seite gele-

16 Vgl. jetzt Dieter Langewiesche, *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.

gentlich mehr Phantasie und kluge normative Argumente erwartet werden sollten.

